

**Motion betreffend Entlastung der Polizei und Stärkung der Verkehrssicherheit durch
konsequente Umsetzung von Verkehrskontrollen**

25.5305.01

Trotz klarer Regeln für das Parkieren und Durchfahren im Strassenraum - etwa bei Einbahnregelungen – werden diese in Basel zunehmend missachtet. Der Hauptgrund dafür liegt in einer ungenügenden Kontrolldichte. Besonders vor Schulen, an Kreuzungen, in Begegnungszonen sowie auf Bus- und Velospuren entstehen dadurch gefährliche Situationen, die vermeidbar wären.

Ein deutliches Zeichen für die unzureichenden Kontrollen ist der Rückgang der ausgestellten Ordnungsbussen auf einen historischen Tiefstand: Im Jahr 2023 wurden lediglich 184'479 Bussen ausgesprochen – ein markanter Rückgang im Vergleich zu 233'135 im Jahr 2022 (Messbeginn 2017). Parallel dazu sanken die Einnahmen. Dieser Rückgang lässt sich unter anderem auf den anhaltenden Personalmangel bei der Polizei zurückführen, der dazu führt, dass Mitarbeitende für andere Aufgaben eingesetzt werden und die Kontrolle des ruhenden Verkehrs vernachlässigt wird. Laut der Norm 40 282 des Schweizerischen Verbands der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS) wären allein für die Überwachung der 25'000 öffentlichen Parkplätze in Basel rund 100 Personen oder 100'000 Kontrollstunden pro Jahr notwendig.

Die mangelhafte Kontrolle hat gravierende Auswirkungen: Verkehrspolitische Massnahmen wie die Förderung des Veloverkehrs, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Begrünungsprojekte oder die Entsiegelung städtischer Flächen verlieren dadurch an Wirkung. Wie bereits in meiner schriftlichen Anfrage (24.5311.02) betont, ist eine wirkungsvolle Parkraumbewirtschaftung nur in Kombination mit ausreichenden Kontrollen zielführend – insbesondere zur Reduktion des motorisierten Pendelverkehrs.

Eine konsequente Verkehrspolitik ist unerlässlich, um die gesetzten Mobilitäts- und Klimaziele zu erreichen, die Sicherheit im öffentlichen Raum zu erhöhen, die knappe Stadtfläche effizient zu nutzen und faire Bedingungen sowohl für Autofahrende als auch für Personen ohne Auto zu schaffen.

Dazu braucht es ein gezielteres, personell und technisch besser ausgestattetes Kontrollkonzept. Dieses muss auch verstreut angeordnete Parkflächen einbeziehen und sich an der Häufigkeit von Parkverstössen orientieren. Besonders sensible Bereiche wie Schulumgebungen oder potentiell gefährliche Kreuzungen müssen dabei priorisiert werden.

Die Polizei weist momentan zahlreiche unbesetzte Stellen auf und ist mit den Kernaufgaben stark ausgelastet, so dass die Parkraumkontrolle nicht zufriedenstellend durchgeführt wird. Die Polizei soll daher durch eine Zusammenarbeit mit Externen entlastet werden. Der Kanton Bern hat beispielsweise die Verteilung von Parkbussen für den ruhenden Verkehr bereits vor Jahren erfolgreich ausgelagert und gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den beauftragten Sicherheitsfirmen gesammelt.

Ergänzend soll der Einsatz digitaler Technologien geprüft werden. Andere Städte wie Amsterdam, Paris, Oslo, Barcelona, Lissabon oder jüngst Stuttgart nutzen bereits erfolgreich Parkplätze mit Sensoren oder Scan-Fahrzeuge zur effizienten Erfassung falsch parkierter Fahrzeuge. Eine weitere ressourcenschonende Möglichkeit wäre, städtische Dienste miteinzubeziehen, die falsch parkierte Autos der Polizei melden. Auch in Basel könnten solche Technologien die Kontrollarbeit deutlich erleichtern und die Verkehrssicherheit erhöhen.

Der Regierungsrat wird deshalb aufgefordert, Massnahmen zu ergreifen, welche die Kontrolldichte im ruhenden Strassenverkehr durch Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen erhöht, und den Einsatz von geeigneten Technologien zu prüfen. Die Auslagerung soll auf maximal fünf Jahre befristet werden. Dabei sind die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass sie denjenigen von Kantonsangestellten mit vergleichbaren Aufgaben entsprechen.

Leoni Bolz, Edibe Gölgeli, Raffaella Hanauer, Brigitte Kühne, Brigitta Gerber, Fleur Weibel, Salome Bessenich, Patrizia Bernasconi, Tonja Zürcher, Lea Wirz